

Der Biden-Schumer-Plan, noch mehr Ukrainer in den Tod zu schicken

Von Jeffrey D. Sachs

Die 61 Milliarden Dollar werden auf dem Kriegsschauplatz nichts bewirken, sondern lediglich den Krieg, Zehntausende von Toten und die physische Zerstörung der Ukraine verlängern.

Präsident Joe Biden weigert sich, ein verlorenes Blatt aus der Hand zu geben, während er mit ukrainischen Leben und US-Steuergeldern wettet. Biden und der Parteiführer der Demokraten im Senat, Chuck Schumer, schlagen vor, das Leben Zehntausender weiterer Ukrainer und 61 Milliarden Dollar an Bundesmitteln zu verschleudern, um Bidens katastrophales außenpolitisches Versagen bis nach den Wahlen im November zu verbergen.

Die 61 Milliarden Dollar werden auf dem Kriegsschauplatz nichts bewirken, sondern lediglich den Krieg, Zehntausende von Toten und die physische Zerstörung der Ukraine verlängern. Sie werden die Ukraine nicht „retten“. Die Sicherheit der Ukraine kann nur am Verhandlungstisch erreicht werden, nicht durch einen phantasierten militärischen Triumph über Russland.

61 Milliarden Dollar sind keine Kleinigkeit. Diese mehr als sinnlose Ausgabe würde die kombinierten Budgets des US-Arbeitsministeriums, der Umweltschutzbehörde, der nationalen Wissenschaftsstiftung und des Ernährungsprogramms für Frauen, Säuglinge und Kinder übersteigen.

Fast auf den Tag genau vor 10 Jahren hat Biden viel dazu beigetragen, die Ukraine an den Rand einer katastrophalen Situation zu bringen. Dies ist denjenigen, die sich die Fakten genau angesehen haben, wohl bekannt, wird aber vom Weißen Haus, den Demokraten im Senat und den Leitmedien, die Biden unterstützen, verborgen gehalten. Ich habe bereits eine detaillierte Chronologie mit Hyperlinks [hier](#) zur Verfügung gestellt.

1990 versprachen Präsident George H. W. Bush Senior und sein deutscher Amtskollege Bundeskanzler Helmut Kohl dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow, dass die

NATO nicht nach Osten erweitert würde, sollte die Sowjetunion die deutsche Wiedervereinigung akzeptieren. Als sich die Sowjetunion im Dezember 1991 auflöste und Russland zum Nachfolgestaat wurde, beschlossen die amerikanischen Staats- und Regierungschefs, diese Zusage zu brechen.

Präsident Bill Clinton begann die NATO-Erweiterung gegen den lautstarken Widerstand von Spitzendiplomaten wie George Kennan und seines eigenen Verteidigungsministers, William Perry. 1997 verschärfte Zbigniew Brzezinski die Situation mit dem Plan, die NATO bis in die Ukraine zu erweitern. Er schrieb, dass Russland ohne die Ukraine nicht länger eine Großmacht sein würde.

Die russische Führung hat wiederholt deutlich gemacht, dass die Ausweitung der NATO auf die Ukraine verständlicherweise die schlimmste aller russischen Ablehnungsgründe darstellt. Im Jahr 2007 erklärte Präsident Wladimir Putin, dass die NATO-Erweiterung bis zu diesem Zeitpunkt ein Betrug am Versprechen von 1990 sei und nicht fortgesetzt werden dürfe. Trotz dieser deutlichen Warnungen, auch von seinen eigenen Diplomaten, verpflichtete sich George W. Bush Junior 2008, die NATO auf die Ukraine und Georgien auszuweiten, um Russland im Schwarzen Meer einzukreisen.

William Burns, heute Direktor der CIA und damals US-Botschafter in Russland, verfasste ein berühmtes Memo mit dem Titel „Nyet means Nyet“, in dem er erklärte, dass die russische Ablehnung der NATO-Erweiterung das gesamte politische Spektrum Russlands umfasste. Auch die meisten Ukrainer selbst waren entschieden gegen den Plan und zogen die Neutralität einer NATO-Mitgliedschaft vor. Die ukrainische Rada erklärte 1990 die staatliche Souveränität der Ukraine auf der Grundlage, „ein dauerhaft neutraler Staat“ zu werden. Im Jahr 2009 wurde Viktor Janukowitsch vom ukrainischen Volk auf der Grundlage eines Neutralitätsprogramms gewählt.

Anfang 2014 beschlossen die USA, Janukowitsch durch einen Staatsstreich zu stürzen. Dieses Vorgehen entspricht der üblichen Verfahrensweise des US-Geheimdienstes, die bei Dutzenden von Gelegenheiten auf der ganzen Welt angewandt wurde. Die CIA, die National Endowment for Democracy, USAID und Nichtregierungsorganisationen wie die Open Society Foundation engagierten sich in der Ukraine. Die führende Person war Victoria Nuland, die zunächst stellvertretende außenpolitische Hauptberaterin von Richard Cheney war, dann Botschafterin von George Bush Junior bei der NATO, schließlich Sprecherin von Hillary Clinton und ab 2014 stellvertretende Außenministerin.

In diesem Fall haben die Russen die Verschwörung in einem abgehörten Telefonat zwischen Nuland und dem US-Botschafter in der Ukraine, Geoffrey Pyatt (jetzt stellvertretender Außenminister), aufgezeichnet. Nuland erklärt Pyatt, dass Vizepräsident Joe Biden bei der Auswahl und Festigung der Regierung nach dem Staatsstreich helfen wird. Das Ukraine-Team von 2014, bestehend aus Biden, Nuland, Jake Sullivan (damals und heute Bidens nationaler Sicherheitsberater), Geoffrey Pyatt und Antony Blinken (damals stellvertretender nationaler Sicherheitsberater), bildet dieses auch fortan.

Es handelt sich um ein Team von Stümpern. Sie dachten, der Sturz Janukowitschs würde rasch zur NATO-Erweiterung führen. Stattdessen lehnten die ethnischen Russen in der Ukraine die von Nuland eingesetzte russophobe Regierung nach dem Staatsstreich vehement ab und forderten die Autonomie der ethnisch russischen Regionen. In einem Referendum stimmte die Krim mit überwältigender Mehrheit für die Zugehörigkeit zu Russland.

Obama, Biden und ihr Team bewaffneten die Regierung nach dem Staatsstreich, um die ethnisch russischen Regionen anzugreifen, in der Annahme, dies würde das Ende bedeuten. Doch die Regionen leisteten Widerstand. Die Ukraine und die abtrünnigen Regionen unterzeichneten die Minsker Vereinbarungen, um die Kämpfe zu beenden und dem ethnisch russischen Donbass verfassungsmäßige Autonomie zu geben. Das Minsk-II-Abkommen wurde vom UN-Sicherheitsrat unterstützt, aber die USA einigten sich insgeheim mit der ukrainischen Regierung dahingehend, dass es in Ordnung sei, dieses zu ignorieren.

Nach sieben Jahren Kampf und mehr als 14.000 Toten im Donbass forderte Putin 2021 den neu gewählten Präsidenten Biden zur Beendigung der NATO-Erweiterung und zur Aufnahme von Verhandlungen mit Russland über gegenseitige Sicherheitsvereinbarungen auf. Biden wies Putins Forderung nach Einstellung der NATO-Erweiterung um die Ukraine zurück.

Im Februar 2022 leitete Putin die militärische Sonderoperation (SMO) ein, um die Ukraine an den Verhandlungstisch zu bringen. Auf der Grundlage der Neutralität der Ukraine rief der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj umgehend zu Verhandlungen auf. Innerhalb eines Monats wurde zwischen der Ukraine und Russland ein Rahmenabkommen zur Beendigung der Kämpfe geschlossen, das auf der Neutralität der Ukraine und einem Ende der NATO-Erweiterung um die Ukraine beruhte. Biden schritt zur Verhinderung des Abkommens ein und informierte Selenskyj, dass die Vereinigten Staaten die Neutralität nicht unterstützen würden.

Biden und sein Team verfügten über weitere erfolglose Strategien. Sie waren überzeugt, dass die US-Finanzsanktionen – das Einfrieren russischer Vermögenswerte und der Ausschluss des Landes aus dem SWIFT-Bankensystem – die russische Wirtschaft lahmlegen und Putin zum Einlenken bewegen würden. Sie erwarteten sogar, dass die darauf folgende Wirtschaftskrise ihn stürzen würde. Natürlich ist nichts dergleichen geschehen.

Dann rechneten sie mit einer Niederlage Russlands durch NATO-Waffen auf dem Schlachtfeld. Auch das geschah nicht. Schließlich gingen sie davon aus, dass die „Gegenoffensive“ der Ukraine im Sommer 2023, die von den Verantwortlichen des Pentagon und der CIA unterstützt wurde, Russland besiegen würde. Stattdessen verlor die Ukraine Hunderttausende von Soldaten, getötet und verwundet, und ihre militärische Ausrüstung wurde zerstört.

Der gesamte Krieg, einschließlich des Verlusts ukrainischen Territoriums, der hunderttausenden ukrainischen Opfer und der völligen Vergeudung von mehr als 100 Milliarden Dollar an US-Steuergeldern bis heute, hätte leicht vermieden werden können.

Jetzt wollen Biden und Schumer noch mehr ukrainische Menschenleben und noch mehr zig Milliarden Dollar für dieses eklatante Versagen opfern. Sie wollen dies in einer übereilten Abstimmung erreichen, ohne jegliche Kontrolle durch den Kongress, geschweige denn durch die Öffentlichkeit, ohne Anhörungen und ohne jegliche Strategie. Tatsache ist, dass sie Biden zumindest bis zu den Wahlen im November vor der Blamage eines jahrzehntelangen törichten und gescheiterten Komplotts bewahren wollen.

Es gibt nur eine Lösung für die Sicherheit der Ukraine: Diplomatie und Neutralität. Diese Lösung kostet weder Leben noch Geld. Es war die Entscheidung der Ukraine vor dem Staatsstreich 2014 und auch 2022, bis sie von Biden aufgehalten wurde. Es ist der Weg, den Biden und die Demokraten im Senat immer noch nicht einschlagen wollen.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

| | | | |
|---|--|--|---|
| BANKKONTO: Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS | PAYPAL: E-Mail: PayPal@acTVism.org | PATREON: https://www.patreon.com/acTVism | BETTERPLACE: Link: Klicken Sie hier |
|---|--|--|---|

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org